

Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostfachsen
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen

Belegpreis für den Monat von Haus 3 RM (halbmonatlich 1 RM); durch die Post bezogen monatlich 1 RM (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: „Arbeiterstimme“, Dresden-Alt / Geschäftsstelle und Expedition: Eisenbahnpostf. 2 / Fernsprechnummer 17 250 / Postfachnummer Dresden Nr. 15 553, Emil Schlegel, Eisenbahnpostf. 2 / Fernsprechnummer 17 250 / Drahtnachricht: „Arbeiterstimme“ Dresden / Erscheinungstermine: Donnerstags 4-6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die neunmal gebaltene Monatsbeilage oder deren Raum 0,30 RM. Für Familienanzeigen 0,20 RM. Für die Restbeilage anschließend an den dreizehnten Teilzeitpreis 1,25 RM. Einzigen-Zinnahme tags vorher bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition Dresden-Alt, Eisenbahnpostf. 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In allen höheren Schulen besteht kein Verbot auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückhaltung des Abonnenten

3. Jahrgang Montag, den 7. März 1927 Nummer 55

Sozialdemokratische Arbeiter begrüßen den Parteitag der Führerin der revolutionären Einheitsfront!

Essen. (Eigener Drahtbericht.) Während der Freitagsfeier des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands wurde dem Präsidium ein Brief von 32 sozialdemokratischen Arbeitern überreicht, zu dem die Freitagsfeier unter stürmischem Beifall und von dem Sekretär der Internationale begrüßt, der sozialdemokratische Genosse Wenzl das Wort erhielt. Wenzl führte folgende Rede aus:

Klassenkämpfer! Euer Brief über den Brief, den ich als sozialdemokratischer Genosse schickte, beweist mir, wie sehr das Gefühl in der Arbeiterschaft wach ist, wie sehr sie sich die Freiheit danach sehnt, endlich in geschlossener Front vorzugehen zu können. Wir haben jetzt in Wirklichkeit nur einen einzigen gemeinsamen Gegner. Sollte es nicht möglich sein, diese beiden Brüder innerhalb einer Front gegen diesen Gegner zusammenzuführen? Diese Front, welche einmal eine Annäherung der sozialdemokratischen an die kommunistischen Arbeiter herbeiführt, haben sich die kommunistischen auch die 32 sozialdemokratischen Arbeiter gestellt.

Es ist lange kein Geheimnis mehr, daß die sozialdemokratische Organisation die Arbeiter unzufrieden sind mit der Taktik und der Führung unseres Parteivorstandes.

Wir legen ganz offen: es würde uns nichts zusetzen, wenn wir unter der Parteiflagge diesen Kampf führen würden, wenn wir uns gegenwärtig, auf Grund der Terrormaßnahmen, die der Parteivorstand gegen uns linke Oppositionellen anwendet, uns an die breite Öffentlichkeit zu wenden und ihr zu sagen, was in der sozialdemokratischen Organisation vor sich geht.

Normalerweise sind wir heute in 2 Parteitager gespalten. Aber es hat eine Zeit gegeben, wo man nur eine einheitliche Arbeiterpartei konnte. Und diese Partei zu erhalten, muß unser Bestreben sein. Denn wir haben, wie ich vorher betont, nur einen gemeinsamen Gegner.

Wenn wir uns auch heute noch nicht als Parteigenossen begrüßen können, so wird man es uns aber heute noch in Zukunft nehmen können, daß wir uns immer wieder als Klassenkämpfer betrachten und danach handeln. (Langanhaltend. Beifall.)

Genossen! So wie ich hier vor Klassenkämpfern spreche, so spreche ich auch die 32 Klassenkämpfer, die den Brief mit unterschrieben haben, zu euch: Klassenkämpfer!

Wir haben schon lange den Gedanken gehegt, einen Schritt in die Öffentlichkeit zu tun. Wir haben es aber unterlassen, weil wir zuerst hatten, aus unserer Organisation herausgearbeitet zu werden. Aber nachdem der Parteitag eurer Partei gezeigt hat, daß er die Einheitlichkeit will, sind wir bereit, auch zu sagen, daß

auch wir den Weg zu den kommunistischen Arbeitern suchen. (Erneuter lebhafter Beifall.) Ich garantiere, daß noch viel mehr sozialdemokratische Arbeiter unterzeichnet hätten, wenn nicht bei allen sozialdemokratischen Arbeitern die Furcht vor dem Ausschluß aus der Organisation und vor dem Terrormaßnahmen des Parteivorstandes vorhanden wäre.

Ich garantiere, aus allen Orten würden sie kommen und würden auch sagen, wie es in der sozialdemokratischen Organisation aussieht. Sie würden auch sagen, daß Schluss sein muß mit dem Zweideckel, damit wir endlich etwas gegen unsere Ausbeuter unternehmen können.

Daß diese Einheitsfront gerade heute ein Gebot der Stunde ist, beweist uns, daß

die Sozialdemokratie es nicht einmal verstanden hat, eine Bürgerblock-Regierung zu verhindern.

Wie hätte es mit Verzichtigkeit machen können, wenn sie nicht die Plünderer aus der Hand gegeben hätte. (Stürmischer Beifall.) Sie wußte doch sehr wohl, daß die belagerte Gesellschaft unser Feind ist. Wir haben das heute noch nicht vergessen, wenn auch manche sozialdemokratische Führer das vergessen zu haben scheinen. Aber wir sagen: damals hätte man ihnen den Wirtschaftskrieg apparat aus der Hand nehmen können. Und wenn die Verhältnisse so weitergehen, dann wird die Bürgerblock-Regierung nicht die letzte Etappe sein:

dann werden wir das Los teilen müssen, das unsere italienischen, litauischen und ungarischen Brüder schon lange zu erdulden gezwungen sind. (Stürmische Zustimmung.)

In anderem Fiel haben wir nur Einzelercheinungen aufgeführt. Gewiß, Genossen, Fehler können gemacht werden — auch ihr habt Fehler gemacht. Aber ich freue mich darüber, daß die KPD Selbstkritik an sich selbst übt, daß sie die Macht hat, uns sozialdemokratische Arbeiter zurückzugewinnen. (Lebhafter Beifall.)

Tann wollen wir auch daran denken, daß wir die verfluchte Pflicht und Schuldigkeit haben, uns vorzubereiten gegen die angehenden Gewaltmaßnahmen der Bourgeoisie, gegen das Regime in China um. Wenn es notwendig ist, müssen wir auch mit Gewalt vorgehen und Schulter an Schulter versuchen, einen großen Schritt vorwärts zu machen. (Stürmischer, minutenlanges Beifall und Gesang der „Internationale“.)

Das Auftreten des sozialdemokratischen Arbeiters zeigt das Wachstum, das unaufhaltsame Wachsen, des Willens zur proletarischen Einheitsfront in den breitesten Kreisen der sozialdemokratischen Arbeiterschaft. Vergeblich ist das Bemühen der sozialdemokratischen Presse, die Bedeutung dieses Vorfalles abzuwachen oder lächerlich zu machen. Diese 32 Sozialdemokraten haben nur das offen ausgesprochen, was die Seele jedes sozialdemokratischen Arbeiters bewegt und was der aufrichtige Wunsch Hunderttausender von deutschen Proletariaten ist. Die Erkenntnis, daß die kommunistische Partei trotz aller Verluste u. Schwächen, durch Fehler und Niederlagen, durch eiserne Disziplin und eine gesunde innerparteiliche Selbstkritik ihre historische Rolle durchzuführen bereit und fähig ist, ringt sich in den Reihen der deutschen Werktätigen befreit durch. Uns Kommunisten soll dies eine Mahnung und ein Ansporn sein, auf dem Wege, den uns Exekutiv- und Zentralkomitee gewiesen und gebietet haben, weiter zu marschieren. Auf diesem Wege wird

die kommunistische Partei Deutschlands, die Führerin der werktätigen Massen Deutschlands, der Kopf und der Arm der deutschen proletarischen Revolution werden.

Wenzl und seine Freunde sollen ausgeschlossen werden

Die Mut sozialdemokratischer Führer über das Klassenbewußte Auftreten des Arbeiters Wenzl findet ihren Ausdruck in der offenen Ausschließungsandrohung durch den Parteivorstand. Das Wort der Weis und Stämpfer schreibt:

Kampf dem Mietwucher!

Der preußische „Wohlfahrts“minister Hirtfelder hat ein Wort verloren, das seinen Namen so sehr nicht veressen läßt. Er hat die Zwangswirtschaft für „gewerbliche Räume“ aufgehoben und damit dem uneingeschränkten Mietwucher für gewerbliche Räume, Lagerstätten usw. Tür und Tor geöffnet. In dem Augenblick, da die Zwangsverordnung für gewerbliche Räume fiel, sind tatsächlich auch die Mieten für Räume, die unter den Sammelnamen „gewerbliche Räume“ fallen, enorm gestiegen. In Berlin sind die Mietpreise durch Hirtfelders Gesetz auf das dreifache, vier- und sogar fünffache der Friedensmiete gestiegen. 45 000 Räume sollen in den nächsten Monaten vor den Gerichten verhandelt. Die Erregung unter den kleinen Gewerbetreibenden ist selbstverständlich groß und hat in allen Teilen des Reiches bereits zu heftigen Protestkundgebungen gegen den zentralistischen Wohlfahrtsminister Hirtfelder geführt. Das ist aber bei diesen Protesten geblieben? Das wäre verhängnisvoll für die gesamte deutsche Wirtschaft!

Weshalb? Weil die Tatsache der Steigerung der Mieten für die gewerblichen Räume bedeutet eine ungeheure Verschärfung der Lage aller Werktätigen. Denn die erhöhten Mietpreise werden begreiflicherweise auf die Konsumenten umgelegt, das heißt: Die Preise für Lebensmittel, Kleider und alle Bedarfsartikel steigen ganz gewaltig. Mehr Hunger, mehr Elend, mehr Jammer der Werktätigen bedeutet also allein die Mietpreiserhöhung für gewerbliche Räume.

Hirtfelder hat aber noch mehr getan. Er hat gleich danach die Hebel an die Zwangswirtschaftsordnung für Wohnräume gelegt und bereits praktisch die Zwangswirtschaft für Wohnräume aufgehoben.

Hirtfelder führt seine Wohnungspolitik brutal gegen die gesamte Mieterkategorie durch. Daran hindert ihn auch kein Landtagsbeschluss! Die Vorgänge im Preussischen Landtag beweisen das. Der Zentrumsmann Hirtfelder pflegt auf den Beschluss des Landtages, seine Forderung der Mietwucherwirtschaft für einige Monate auszusetzen. Er pflegt darauf, begeht kompletten

„Dah er nach seinem letzten Auftreten als „sozialdemokratischer Arbeiter“ auf dem kommunistischen Parteitag seiner Mitgliedschaft in der Partei verlustig wurde, vertritt sich von selbst.“

Der Parteivorstand weist also treffend die Richtigkeit unserer Behauptung nach: Für ehrliche, Klassenbewusste Proletarier gibt es keinen Platz in der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Massendemonstration zu Ehren des Parteitages

Essen, 7. März. (Eig. Drahtmeldung.)

Am gestrigen Sonntag marschierte das Ruhrproletariat auf. Die Arbeiter haben das Echo des kommunistischen Parteitages vernommen und kamen zu Tausenden. Sie kamen in Form von Regnen und marschierten Hunderttausende aus Ruhr und Westfalen, und auch aus den kleinsten Orten des Ruhrgebietes kamen Delegierte. Ein Wald von roten Fahnen ging durch die Straßen. Auf den Fußwegen in den Straßen der Arbeiterviertel waren Tausende von Sympathisierenden. Aus den Fenstern hatte man rote Fahnen zu Ehren der kommunistischen Delegierten gehängt. Die Hochrufe auf die kommunistische Internationale, auf Sowjetrußland und die kommunistische Partei Chinas erklangen ununterbrochen. Der Marsch vor der Ausstellungshalle dauerte 2 Stunden. Etwa 25 000 bis 30 000 nahmen teil. Beendigung des Aufmarsches in Essen am dem Meeting teil. Tausende fanden keinen Einlass mehr. Als erster Redner sprach der Abgeordnete Lorenz. Nach ihm ergriß ein Kampf von einer Essener Reihe das Wort. Ein Kleinbauer aus Olfershausen forderte den Zusammenschluß von Stadt und Land im Kampf gegen die Ausbeuter. Der aus der SPD ausgeschlossene Ruhrlanddelegierte Bischoff legte ein leidenschaftliches Bekenntnis ab für die revolutionäre Arbeit in den freien Gewerkschaften und trat für Umwandlung der Gewerkschaften durch Klassenbewusste Arbeiter ein. Der Engländer Steward sprach aus tiefster Seele zu der gewaltigen Kundgebung. Mit anbauendem Applaus empfingen, berichtete ein Chinese von der letzten Betriebsdelegationen sprach ein sozialdemokratischer Jugendgenosse. Nach ihm sprach Ernst Thälmann und forderte auf, die rote Front zu schließen.

Verfassungsbruch — und darf Minister bleiben. Die Preußenregierung mit dem Sozialdemokraten Braun an der Spitze ist ganz für ihn. Als die kommunistische Landtagsfraktion einen Vertrauensantrag gegen den Mietwucherminister Hirtfelder einbrachte, hat bekanntlich die sozialdemokratische Landtagsfraktion für Hirtfelder gestimmt. Alle Parteien, von der äußersten Reaktion bis zur Sozialdemokratie sind also mit dem Mietwucher, mit der neuen unerhörten Belastung der werktätigen Schichten einverstanden.

Auch Sachsen will hinter Preußen nicht zurückbleiben. Die Reichsregierung ist ebenfalls für Erhöhung der Mieten und für die Forderung des Mieterkampfes. „Da Sachsen nicht vollständig außerhalb des Rahmens der übrigen Länder gehen könne.“ Es lassen sich schon jetzt unzählige Fälle anführen, daß Gewerbetreibende rücksichtslos auf die Straße gesetzt werden, ohne daß ihnen andere Räume wieder zur Verfügung gestellt werden.

Die Reichsregierung, deren Kanzler der republikanische Reichsbanner-Kamerad Marx ist, hat Hirtfelders Mietwucherprogramm aufgenommen. Sie hat verordnet — und das gilt nicht nur für Preußen, wie Hirtfelders Programm, sondern für das ganze Reich —, daß die Mietpreise für Wohnräume auf 120 Prozent der Friedensmiete festgesetzt werden. Es ist dabei zu beachten, daß diese Steigerung auf 120 Prozent den Mindestsatz bedeutet. Unter diesem Satz darf es keine Miete geben. Nach oben gibt es jedoch keine Grenzen. Also ist dem Mietwucher durch die Reichspolitik der Marx-Regierung freie Hand gelassen. Und nun wird die Mieterkategorie gar sehr bald die Eier der Hausgärtner zu fühlen bekommen.

Die kapitalistische Klasse sagt, sie brauche das Geld für den Bau neuer Wohnungen. Wer von den Proletariaten, wer von denen, die die Augen offen haben, kann solchen Hummelschanz glauben? Niemand! Zwei Millionen Wohnungen fehlen in Deutschland. Niemand aber erwartet, daß die herrschende Klasse jemals an die Lösung des Wohnungsbeschaffungsproblems herantreten werde. Was soll also werden? Gefestigte Rot, grenzenloses Elend! Mieterkategorie, Lebensmittelpreissteigerung.